

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Nekramen 30 Pf.

Bum Jubiläum
des hohen Bundesgenossen Deutsch-
lands, des Kaisers Franz Joseph
in Wien.

Es scheint, als ob ein eigenes Verhängniß über Oesterreich walte, als wollten die Kaiser Oesterreichs sich mit den zuverlässigsten und treuesten Volksstämmen ihres Reiches entzweien, sie zerren und zerlegen und dadurch wohl selbst das Verderben ihres Reiches muthwillig herbeiführen.

Es sind die Herrscher Oesterreichs von 1437 bis 1866, also über 400 Jahre, Kaiser Deutschlands gewesen; aber starr in dieser Zeit Deutschland zu fördern und zu heben, haben sie seit den Zeiten der Reformation, am schlimmsten aber im dreißigjährigen Kriege Deutschland mit Krieg überzogen und es dadurch derart verwüstet, daß Deutschland, welches vor dem dreißigjährigen Kriege 40 Millionen wohlhabende und in den Städten gebildete Einwohner zählte, nach dem Kriege nur 10 Millionen ganz verarmte Einwohner besaß und daß Deutschland die ganze folgende Zeit bis 1866 der Tumultplatz aller europäischen Kriege, ihrer Verwüstung und Leiden geblieben ist, und erst zu neuem Glanze erwacht ist, als 1866 die Kaiser Oesterreichs aus Deutschland ausgeschlossen wurden, und Deutschland unter dem Scepter der Hohenzollern zu neuer Macht und neuem Glanze emporstieg.

Frankreichs Kaiser Napoleon III. konnte die Emporblühen des deutschen Reichs nicht ohne Neid und ohne Mißgunst ansehen; er erklärte, als er sich genug gerüstet, wie durch Erfindung der Schießpot-Gewehre und der Mitralleusen den Deutschen überlegen glaubte, den Deutschen unter dem Rufe: „*A Berlin, à Berlin!*“ am 19. Juli 1870 den Krieg, verlor aber so Schlacht auf Schlacht, daß Straßburg und Metz eingeschlossen und Napoleon III. selbst mit seinem Heere am 2. September 1870 bei Sedan gefangen genommen wurde. König Wilhelm I., der Sieger, ward demnächst am 1. Januar 1871 in Versailles von den Deutschen zum deutschen Kaiser berufen.

Wir hatten im September 1870 persönlich Gelegenheit, in ganz Deutschland, und in Oesterreich, namentlich in Tirol und Steiermark, die Begeisterung zu erleben, welche diese Erfolge in allen Schichten der Bevölkerung vom schlichten Arbeitsmann und Senner bis zum gelehrten Professor, bei Mann und Weib hervorriefen und uns oft in österreichischen Landen den Wunsch vernehmen ließen: „Wir wären am liebsten schon deutsch!“

Jetzt konnten die Kaiser Oesterreichs alle Deutschen in ihren Landen für sich gewinnen, wenn sie, auf die Deutschen, den gebildetsten Volkstamm ihres Reiches, gestützt, im Bunde mit Deutschland ihr Land mehr und mehr hoben und den Bewohnern alle Segnungen Deutschlands zuführten.

Statt dessen haben die Kaiser Oesterreichs die Deutschen von sich gestoßen und den Slaven ihres Reiches, den Czechen und Mähren, den Polen und Galiziern, den ungebildeten Slowaken, ihre Gunst zugewendet, zum offenbaren Schaden ihres Reiches.

Glauben denn die Kaiser Oesterreichs, daß dies je zu einem guten Ende führen kann? Sehen sie nicht, daß sie hiermit die beiden bedeutendsten Volksstämme ihres Landes, die Magyaren in Ungarn und die Deutschen in Oesterreichanten vor den Kopf stoßen und damit ihrem Reiche einen viel größeren Schaden zufügen, als irgend ein Feind ihnen bereiten könnte?

Deutschland ist ein echter Freund Oesterreichs, ein treuer und zuverlässiger Bundesgenosse; über diesem sich selbst zerstörenden Treiben der österreichischen Staatsmänner steht es ohnmächtig und bedauernd gegenüber.

Die Stinme seines Bundesgenossen, des deutschen Volkes hören und hierin baldigst Wandel schaffen. Dies der innigste Wunsch jedes ehrlichen Deutschen zum Jubiläum des uns verbündeten österreichischen Kaisers Franz Joseph.

Die Verschuldung des ländlichen Grundbesitzes.

Die erste umfassendere Untersuchung über die Verschulung des ländlichen Grundbesitzes und deren Verhältnis zu den Bodenwerthen fand in Preußen im Jahre 1883 statt. Im nämlichen Umfange, dazu noch in zehn Amtsgerichtsbezirken der Rheinprovinz, die 1883 aus geschlossen blieben, haben im Jahre 1896 neue Erhebungen stattgefunden, deren Ergebnisse in der „Zeitschrift des königlich preussischen statistischen Bureaus“ veröffentlicht worden sind.

Die Gesamtbewegung der Verjährung ist nach der amtlichen Darstellung aufwärts gegangen. In Einzelnen des Grundsteuer-Neuertrags ausgedrückt, ist sie von 23,59 auf 29,24 gestiegen, also um etwa ein Viertel in etwas über 13 Jahren. Gruppirt man die Probebezirke provinzweise, so ergibt sich nachfolgende Reihenfolge nach der Höhe der Verjährung: Posen mit 42,54 (1883: 36,09), Ostpreußen mit 36,57 (26,40), Schlesien mit 32,61 (28,36), Westpreußen mit 31,70 (25,95), Brandenburg mit 31,50 (24,64), Pommern mit 25,11 (21,27), Preußen-Massan mit 24,19 (10,99), Hannover mit 20,23 (14,43), Sachsen mit 18,96 (14,67), Schleswig-Vollstein mit 16,20 (12,09). Was die einzelnen Besitzgruppen betrifft, so ist die Verjährung bei den Fideikommiss- und Stiftungsbesitzern nur gering, nämlich von 6,77 auf 7,04 gestiegen. Dagegen ist bei den Besitzungen von 1500 und mehr Mark Grundsteuer-Neuertrag die Verjährung von 28,13 auf 33,39 Grundsteuer-Ertragsseinheiten gestiegen, und zwar in den Bezirken aller beteiligten Provinzen. Besonders stark ist das Wachstum der Verjährung von 44,99 auf 52,43 in Posen, obwohl dort zahlreiche überhöhtete Besitzungen von Seiten der Ansehlungscommission in Wegfall gekommen sein dürften, wofür auch die erhebliche Verminderung in der Anzahl und dem Grundsteuer-Neuertrage der Besitzungen spricht. Eine verhältnismäßig geringe Zunahme der Verjährung zeigen Hannover, Schlesien und Sachsen. Etreuliche Ergebnisse bietet im

Allgemeinen die Gruppe der Besitzungen von 300 bis unter 1500 Mark Grundsteuer-Neinertrag, deren Verschuldung von 18,02 auf 24,81 gestiegen ist. Ein sehr günstiges Bild genäherten namentlich die zahlreichen gering verschuldeten, bäuerlichen Besitzungen dieser Gruppe in den Bezirken Jüterbog, Rhyh und Jantow mit 304 bezw. 297 und 122 Verschuldungen und 12,63 bezw. 19,54 und 7,83 Mark Schulden auf je 1 Mark Grundsteuer-Neinertrag; ferner die sächsischen Bezirke. Sehr beträchtlich ist die Verschuldungszunahme bei der bisher verhältnismäßig günstig gestellten Besitzgruppe von 90 bis unter 300 Mark Neinertrag: im Ganzen von 18,72 auf 29,03 im Jahre 1896. Verhältnismäßig sehr günstig stehen bei dieser Besitzklasse wieder im Gegenfaze zu den übrigen Klassen die Probebezirke der Provinz Posen. Bei den Besitzungen von weniger als 90 Mark Neinertrag ist die Verschuldungsziffer von 46,06 auf 55,17 gestiegen. Im Einzelnen sind die Ergebnisse sehr ungleichmäßig. Viele Bezirke zeigen eine Abnahme der Verschuldung. Eine wesentliche Besserung verzeichnen die hannoverschen Bezirke. Von besonderem Interesse sind die Ergebnisse der Erhebungen in den 10 Bezirken des Rheinlandes, welches im Jahre 1883 noch garricht in die Untersuchung einbezogen worden war. Sie sind sehr ungleichartig; ergeben jedoch nirgends eine auffällig hohe Verschuldung.

Eine Aufwärtsbewegung der Bodenver-
theilung im Allgemeinen ist ja nach den amtlichen
Zahlen nicht zu leugnen; eine ganz andere Frage
oder ist es, ob diese steigende Tendenz im Sinne
einer Verschlechterung der Lage des landwirth-
schaftlichen Gewerbes zu deuten ist. Ganz ab-
gesehen von den zahlreichen günstigen Ergebnissen
der Erhebung des Jahres 1896 muß eine etwaige
Auslegung dieser Statistik dahin, daß sie die
Grundlage für ein richtiges Bild der landwirth-
schaftlichen Verhältnisse biete, zurückgewiesen
werden. Dafür wäre erforderlich zu wissen, zu
welchem Zwecke die jeweiligen Schulden aufge-
nommen sind; denn es ist doch ein fundamentaler
Unterschied, ob ein dem Ruin verfallender Land-
wirth zu Zugereinsen noch eine Hypothek auf
sein Grundstück aufnimmt, oder ob eine solche
Aufnahme seitens eines wohlthätigen Landwirths
zu Meliorationszwecken geschieht. Im letzteren
Falle ist die Schuld eine productive Anlage,
welche den Werth des Grundstücks erhöht. Mit
erwartigen statistischen Aufnahmen ist für die
Beurtheilung der Lage eines Gewerbes sehr wenig
etwas.

Die Preussische Zentral-Genossenschaftskasse

stand nach ihrem sechsen erstatteten Geschäftsbericht für das dritte Geschäftsjahr vom 1. April 1897 bis dahin 1898 am 1. April 1897 mit 34 Vereinigungen und Verbandsklassen eingetragener Gewerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften im Geschäftsverkehr. Im Lauf des Etatsjahrs wurden mit 9 Verbandsklassen Geschäftsverbindungen neu angeknüpft, einer Verbandsklasse wurde der Geschäftsverkehr gekündigt, so daß am 31. März 1898 mit der Zentralgenossenschaftskasse 42 Vereinigungen und Verbandsklassen eingetragener Gewerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in Geschäftsbeziehung standen. Seit dem 1. April 1898 sind neu hinzugekommen oder in der Bildung begriffen 7 Verbandsklassen. Ferner unterhielt die Zentralgenossenschaftskasse während des laufenden Geschäftsjahrs mit neun landwirtschaftlichen (ritterlich-fürstlichen) Darlehnskassen und von den Provinzen errichteten, der Förderung des Personalkredits dienenden gleichartigen Inkassiten Geschäftsverbindung. Der Gesamtumsatz der Kasse von beiden Seiten des Hauptbuchs (einschließlich Saldovorräte) betrug im Etatsjahr 1897/98 1 987 852 162,82 Mark. Davon entfielen auf den Verkehr mit der Generalstaatskasse 52 900 000 Mark, mit der Reichsbank 61 000 500 Mark, mit der Bank des Berliner Klassenvereins und anderen Geldinstituten und Firmen 217 110 472,10 Mark, mit Vereinigungen Gewerbs- und Verbandsklassen eingetragener Gewerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften 226 809 812,99 Mark, und zwar in laufender Rechnung 142 570 997,85 Mark, im Wechselverkehr 26 561 458,97 Mark und im Lombardverkehr 57 667 356,17 Mark, endlich mit den für die Förderung des Personalkredits bestimmten landwirtschaftlichen (ritterlich-fürstlichen) Darlehnskassen und den von den Provinzen (Landes-, kommunalverbänden) errichteten gleichartigen Inkassiten 119 329 903,64 Mark. Der Zinsgewinn der Kasse beläuft sich auf 1 544 411 Mark, dagegen sind Zinsen gezahlt im Betrage von 1 018 832,68 Mark, so daß Ende März 1898 ein Zinsgewinn von 535 578,32 Mark verblieb. Der gesamte Geschäftsgewinn betrug 902 408,05 Mark. In Abzug kommen die Verwaltungskosten in Höhe von 155 249,51 Mark, so daß ein Reingewinn von 747 158,54 Mark oder 3,735 v. H. des Grundkapitals verbleibt. Davon ist entsprechend dem Gesetz vom 8. Juni 1896 ein Fünftel in Höhe von 149 431,70 Mark dem Festeinbeholdungsfonds zugeführt, während vier Fünftel in Höhe von 597 726,84 Mark zur Verzinsung der Einlagen (des Grundkapitals) verwendet worden sind. Dies entspricht einer Verzinsung von 2,988 v. H. für die Einlagen des Staates im Betrage von 20 000 000 Mark. Für das erste halbe Geschäftsjahr (vom 1. Oktober 1895 bis Ende März 1896) betrug die Verzinsung 2,59 und 1,79 v. H., für das zweite Geschäftsjahr (vom 1. April 1896 bis Ende März 1897) 3,21 und 1,61 v. H. Der Festeinbeholdungsfonds hat im Ganzen erhalten aus dem Jahr 1895/96 22 339,25 Mark, aus dem Jahr 1896/97 46 780,67 Mark, und wird erhalten aus dem Geschäftsjahr 1897/98 149 431,70 Mark, zusammen 218 551,62 Mark. An die Staatskasse sind abgeführt aus dem Jahr 1895/96 22 339,25 Mark, aus dem Jahr 1896/97 46 780,67 Mark, und sollen abgeführt werden aus dem Geschäftsjahr 1897/98 597 726,84 Mark, zusammen 807 188,79 Mark. Von Spar- und Sparkassaliquissen wurden im Laufe des Geschäftsjahres bis Ende März 1898 entliehen 9220 691,28 Mark, zurückgezahlt 11 748 010,03 Mark. An Depositengeldern wurden von solchen Kassen im gleichen Zeitraum eingezahlt 50 128 601,54 Mark, abgezogen 48 461 991,40 Mark. Unter den Inkassiten der Ende März 1898 in Benutzung befindlichen

277 Depositionskonten waren 211 Spar- und
Kommunalkassen.

Der spanisch-amerikanische Krieg.

Die Nachrichten vom spanisch-amerikanischen Kriegsausbruch laufen sehr spärlich ein und sind nicht geradezu geeignet, das allgemeine Interesse wach zu erhalten. Gestern Abend traf ein Madrider Meldung ein, die mit größter Vorsicht aufzunehmen ist, wonach die amerikanische Armee aus Cuba sich nach der Küste zurückgezogen, dort ein verschanztes Lager bezogen habe und Verstärkungen abwartet. Wie schwierig auch die Lage der ansehend allzu häufig gegen Santiago vorgehenden Abtheilungen des Schafterischen Korps sein mag, so ist doch anzunehmen, daß Schafter Alles daran setzen wird, die übergehend schnell errungenen Vortheile und Stellungen festzuhalten, bis Belagerungsartillerie und Verstärkungen herangebracht werden können. Die Hauptmasse seiner Truppen mag der General an der Küste lagern lassen, seine Vorposten von Sevilla zurückziehen, könnte ihn jedoch nur die äußerste Noth bestimmen.

In einer Drahtung des Generals Schafter vom 27. d. Mts. heißt es, der Gesundheitszustand seiner Truppen sei vortreflich; auch den Verwundeten seien nur 150 Mann krank. — Weiter meldet General Schafter in einer heute bei General Miles eingegangenen Drahtung, er hätte Santiago innerhalb 48 Stunden nehmen; es könnten aber beträchtliche Verluste damit verbunden sein. — Eine Drahtung des Admirals Sampson vom 29. d. Mts. zollt Garcia persönlich sowie dem Verhalten der Kubaner im Allgemeinen lebhafteste Anerkennung. — In der Proklamation, die General Merritt bei seiner Ankunft vor Manila erlassen wird, wird sich auch die Erklärung befinden, daß die verschiedenen Vorkenntnisse vollkommene Freiheit genießen sollen.

Eine Depesche der „Tribune“ aus Kairo meldet, die ägyptische Regierung habe bestimmte Mittheilung, daß die spanischen Kohlenschiffe 9000 Tons Kohlen führen. Die Regierung habe daher den Gouverneur von Port Said angewiesen, dem Admiral Camara mitzutheilen, daß er unter keinerlei Vorwand die Erlaubniß erhalten könne, Kohlen einzunehmen.

Madrid, 29. Juni. Die Königin-Regentin wird heute einen Erlass unterzeichnen, worin die Ermächtigung ertheilt wird, unverzüglich in Cadix eine Hilfskreuzerdivision zu formiren, die aus vier für den Krieg ausgerüsteten Dampfschiffen bestehen soll.

Aus dem Reiche.

Wie aus Kiel gemeldet wird, herbeiste der Kaiser gestern Nachmittag einige Zeit auf der englischen Yacht „Rainbow“, nahm darauf am Tennispiel in der Marinecademie Theil und kehrte um 6 Uhr nach der „Dolgenzoll“ zurück. Gegen Abend begab sich der Kaiser wiederum nach der Marinecademie, besichtigte zunächst die dort aufgestellten historischen Sammlungen und nahm sodann im Vestibul eigenhändig die Preisvertheilung für die bisherigen Regatten der Kieler Woche vor. An dem sich anschließenden Diner im kaiserlichen Jagdschlöß nahmen Theil der Erbprinzogronk von Mecklenburg, der Fürst von Schaumburg-Lippe, Herzog Friedrich Ferdinand von Schleswig-Holstein, der Fürst von Monaco, viele Admirale und die Mitglieder des Kubs. — Prinz Adalbert wird sich, wie aus Kiel drähtlich gemeldet wird, auf Weendigung der Kieler Woche“ auf dem Schiffschiff „Charlotte“ einbiffen, das dann eine Fahrt nach Rastenburg

tritt. — **Verordnungs-Gerichtsrath** von **Stettin** ist **Wartenwerder** ist an Stelle des **Verordnungs-Gerichtsraths** Dr. **Kraffow** vom **Verordnungs-Gerichtsrath** vom 1. Juli ab ernannt worden. — Die in **Arnschwade** tagende 52. **Jahresversammlung** des **Brandenburgischen Gutsabwölffungsvereins** hat an den **Kaiser** das nachfolgende **Erwidrigungs-Telegramm** gerichtet: **Euer Majestät** sagt die **Jahresversammlung** des **Brandenburgischen Hauptvereins** der **Gutsabwölffung** sich diesmal mit dem **Ausdrucke** ihrer **ehrfürchtlichen** **Erwidrigung** zu nahen. In **Arnschwade**, an der äußersten **Grenze** der **Mark Brandenburg** wohnend, empfindet die **Jahresversammlung** die **mal** mehr als sonst die **Verpflichtung**, den **evangelischen** **Standensgenossen** in den **Nachbarkönigreichen** **Pommern** und **Polen** die **Girforger** **Brüderliche** **Angehörigen** zu **lassen** und **in** **un** **andelbarer** **Treue** zu **Kaiser** und **Volk** sich **be** **ährende** **vaterländische** und **deutsch-nationale** **Gesamtheit** **pflegen** und **fördern** zu **helfen**. — In **Arnschwade** ist die **Errichtung** eines **großen** **Kornmagazins** beschlossen worden. Das **Staatsministerium** hat die **Maßnahme** dazu **bereits** **ge** **billigt**. Der **Bau** des **Silos** soll **nach** **dem** **Ein** **st** **des** **Winters** **beendet** **sein**. — Die **Arnschwade-Kommission** hat, dem „**Pol. Labl.**“ **zufolge**, in der **Nähe** der **Stadt** **Kriewer** **bereits** **ein** **unmittelbar** **zugewandene** **Güter** **er** **fordern**, **Kriegsno**, **Hygiene** und **Mykolog**, **an** **dem** **erzogenen** **sind** **schon** **acht** **Anstalten** **er** **öffnet**. Es ist die **Gründung** einer **evangelischen** **Parochie** **geplant**. Die **neue** **zu** **erbauende** **Kirche** soll in **Hygiene** **errichtet** **werden**. Ferner soll auch die **Gründung** **zweier** **neuen** **evangelischen** **Schulen** in **Ausicht**. — Das **Königliche** **Artillerieregiment** **Nr. 7** in **Piegnitz** hat die **Ordnung** **ge** **troffen**, daß eine **Anzahl** **armer** **Familien** aus den **Reihen** der **Soldaten** **Mittags** **essen** **erhalten**. In diesem **Zwecke** sind dem **Regiment** **aus** **der** **entpfehlenden** **Zahl** **von** **Karten** **zur** **Vertheilung** **an** **Arme** **überwiesen** **worden**.

Deutschland.

Berlin, 30. Juni. Ueber die künftige Leitung der nationalliberalen Partei äußert sich „*Nat.-Lib. Anz.*“. Sie hebt hervor, daß ein einziger nationalliberaler Kandidat eine Vertretung eingebracht ist, die ihn in ein Abhängigkeitsverhältnis zu der Leitung des Bundes Landwirthe bringt oder ihn in irgend einer Weise behindert, zu den Aufgaben, welche im künftigen Reichstage gestellt werden, unabhängig und unabhängige Stellung zu nehmen.“

Daß die Leitung des Bundes der Landwirthe, welche die Wahlen erwirken, wie häufig bei allen Gruppierungen geschehen ist, das Be-

dürftig habe, den gegenseitigen Eindruck zu erweitern, sei ihr nicht zu verdenken: sie habe es verabschiedet nötig. Die „Nat.-Lib. Korr.“ bemerkt weiter, daß die Partei, wenn sie Einfluß behalten und künftighin bleiben soll für jede lokal erwiderte Mitwirkung anderer Parteien, in erster Linie stark sein, auf eigenen Füßen stehen und die eigene Organisation weiter ausbauen und kräftigen muß, die sich diesmal in schwierigen Zeiten bewährt hat, wo keine zündende, die Gegenseite und Gleichgültigkeit bei Seite schiebende Parole vorgelesen, sondern nur der, Leiden an sich weniger wirksame, einfache Appell an das staatsbürgerliche Pflichtgefühl. Die An-

nicht, daß die Organisation sich bewährt habe, erscheint uns allerdings in Anbetracht der Vorgänge in der Pfalz, in Hensburg-Apenrade und in einigen anderen Wahlkreisen sehr optimistisch, aber ganz in unserm Sinne ist es, wenn die „Nat. Zib. Corr.“ im Hinblick auf die preussischen Landtagswahlen schreibt: Dies (der Ausbau der eigenen Organisation) ist umlomehr notwendig, wo für die nationalliberale Partei in Preußen mit den Reichstagswahlen erst die Hälfte der Arbeit gethan ist. Im Oktober finden die Wahlen zum Abgeordnetenhaus statt, und wir können nur raten, schon jetzt dazu unter Ausnutzung der durch die Reichstagswahlen gebotenen Chancen die Vorbereitungen in Angriff zu nehmen. Die Aufgaben, welche in Preußen zu lösen sind, und die Parteiverhältnisse und Persönlichkeiten, die im Landtag maßgebenden Einfluß haben, sind zu einem nicht unwesentlichen Theil ganz andere, wie im Reichstag. Andererseits ist auch das Wahlrecht, das bei der Öffentlichkeit der Stimmabgabe weit mehr der behördlichen Einwirkung Vorzug leistet, als bei den Reichstagswahlen, insbesondere in Hannover und Schleswig-Holstein, zu wirken vermochte. Zu allem kommt für das Abgeordnetenhaus in Betracht, daß die nationalliberale Partei nicht nur mindestens dieselbe Stärke beibehalten, wie bisher, sondern auch in der Rolle sein muß, die

Wieder, sondern auch in der Lage sein muß, die Wiederkehr der reaktionären Bestrebungen zu verhindern, die nur an ihrer Geflossenheit in der verflochtenen Legislaturperiode scheitern sind. Die Lehren der verflochtenen fünf Jahre des preussischen Landtags vor Augen und fußend auf dem moralischen Kapital, das die Landtagsfraktion angehäu't — das wird der Ausgang der Vorbereitungen für die preussischen Wahlen sein, der nächsten Aufgabe, welche die ganze Staatsanregung des gemäßigten Liberalismus, des Liberalismus überhaupt, verlangt, wenn er nicht der vereinigten Rechten gegenüber im größten Bundesrat völlig einflußlos werden soll.

„— Ueber die antisemitische, sogenannte deutsch-sozialistische Reformpartei“ fällt ihr antisemitischer Gefinnungsgenosse Dr. Paul Förster in der „Deutschen Reform“ ein Urtheil, das man unterschätzen kann. In einem offenen Brief an einen Anhänger dieser Partei sagt er: „Meinen Sie denn, mit Ihrer deutsch-sozialen Staatskunst dem Volke wirkliches „Heil“ bringen und eine Macht im öffentlichen Leben bilden zu können? Es ist eine Partei, die von vornherein an Eichenholz, an Knochenverweidung geknast hat und nicht zu gesunden Kräften gelangen konnte; sie leidet in Selbstheit und Vorsichtigkeit, an Mangel politischer Durchbildung und Entschlossenheit niederwärts. Ja, sie ist eigentlich schon vollständig verwaschen und nicht mehr vorhanden als auf dem Papier.“

— Bei dem Festessen der deutschen Kolonial-Gesellschaft in Danzig nahm auch Dr. v. Bennigsen das Wort und schöpfte aus dem reichen Vorrath seiner Erfahrungen, als er ein lebendiges Bild vor den Ohren der Feststehnehmer aufstellte über das stetige Erwachen nationalen Denkens und Thuns. Von der Zeit ausgehend, wo in Ostpreußen das Reich die deutschen Ordensritter ihrer Thätigkeit entfalteten, ging er schrittweise in der Geschichte vorwärts bis auf die Jetztzeit, wo die deutsche Kolonial-Gesellschaft die Fahne kräftig entfaltet und das koloniale Verständnis in weite Kreise getragen hat, sowie die Erkenntniß dafür, daß Deutschland nicht mehr leer angehen dürfte bei der letzten Auftheilung der Erde. Wenn erst in 50 bis 100 Jahren Deutschland in einem riesigen kolonialen Heise heim wird, gehören wir der Geschichte an, und wir dürfen dann auch ein Vorbild in Anspruch nehmen. Durch die Thätigkeit der deutschen Kolonial-Gesellschaft sei das Verständnis für diese Thätigkeit in weite Kreise gedungen, wenigstens noch lange nicht so tief, wie in England. Redner gedachte ferner eines Mannes, der lange Jahre an der Spitze der deutschen Kolonial-Gesellschaft gestanden, des Fürsten Hohenlohe-Langenburg, eines Mannes aus einer Familie, die so viele bedeutende Männer hervorgebracht habe. Mit aufrichtiger Dankbarkeit begrüßte es Redner, daß sich der derzeitige Präsident trotz Vordrängung seiner Negententpflichten erklärte, an der Spitze der deutschen Kolonial-Gesellschaft zu bleiben; es sei dies ein ganz ungewöhnlicher Entschluß gewesen. Mit dem Wunsche, daß es dem jetzigen Präsidenten noch lange vergönnt sein möge, an der Spitze der deutschen Kolonialgesellschaft zu stehen, machte Herr von Bennigsen ein Hoch auf den Herzog Johann Albrecht zu Mecklenburg aus, dessen außerordentlich beifällig aufgenommen wurde. Mit stürmischer Begeisterung rief der Einspruch des Vizepräsidenten Sachse auf den Fürsten Bismarck, und mächtig ertönte als Anklang dieses Wunsches das Lied „Die Wacht am Rhein“. Obwohl an den Fürsten von Hohenlohe, als den Fürsten Bismarck wurden Begrüßungstelegramme

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 29. Juni. Kaiser Franz Josef be-
ehrte heute die Festschiffstätte im Prater, wo er
2 Stunden verweilte. Der Kaiser wurde vom
Herzog Franz Ferdinand, dem Ministerpräsi-
denten Grafen Thun, dem Kriegsminister Gler-
Kriegshammer, dem Statthalter Grafen Noll-
enszegg, Bürgermeister Dr. Unger und dem
Unterkomitee empfangen und vom Publikum
begeistert begrüßt. Der Kaiser sprach die
Anwesenden des Präsidiums an und drückte
sein Glückwunschwort für die Bevölkerung
des Fürsten Trauttmansdorff gegenüber seine
Befriedigung über den Verlauf der Wab-
stimmung aus, dankte dem Bürgermeister
für ein Wort für den glänzenden Kinderfestzug,
auf darauf die Schützen an, nahm einen ihm
beigebenen Trunk und trank unter den
stärksten Tönen der Versammelten auf das
Wohl der Schützen. Beim Betreten der inneren
Halle der Feststätte, die dem Kaiser

Publikums; die Volkshymne wurde gespielt. Darauf beauftragte der Kaiser die Schießstände des „**Wingerer Fänelins**“, nahm den Begrüßungstrunk entgegen und trank auf das Wohl des Fänelins. Er dankte dem Verein, daß er auf seine (des Kaisers) Einladung noch einen Tag in Wien verblieben war, wodurch dem Kaiser Gelegenheit geboten worden sei, diese Schützen zu sehen. Der Kaiser äußerte sich sehr lobend über die Anlage des Festplatzes, schrieb seinen Namen in das Gedenkbuch ein und verließ den Festplatz unter hümmlichen Nationen der Schützen.

Prag, 29. Juni. Der Gemeinderath der vereinigten Gemeinden Rußse und Pantragh bei Prag beschloß, die seit unentfertigten Zeiten auf dem Ringplatz stehende Statue des heiligen Johannes in eine Hus-Statue umzuweihen. Auf Einsprechen der kirchlichen Behörden verbot die Polizei die Ausführung. Trotzdem erschienen gestern Arbeiter und begannen die Statue den Kopf wegzumehmen, worauf die Polizei einschritt und die Weiterarbeit unterlagte. Die Statue wird seitdem von Schulkeuten überwacht.

Zembeh, 29. Juni. In Neusandee nahm die Menge die Verklündigung des Standrechtes mit dumpfem Schweigen hin. Die Wirtung in der Stadt war ungeheuer; man erwartet, daß die Ruhe nicht mehr gestört werden wird. An Jhossyee wurden 21 Anführer, darunter eine Frau, gefesselt nach Neusandee gebracht. Ueber den Zusammenstoß in Vondo wird noch gemeldet, daß 400 Raubgefehlen zwölf Gendarmen anfielen und mit Steinen bewarfen; drei Gendarmen feuerten, tödteten einen Bauern und verwundeten elf Personen schwer, wovon eine bereits gestorben ist. Die Fahrt des Statthalters Bininski nach Afsandee brachte endlich Klarheit über den Charakter der dortigen Ausschreitungen; es handelte sich um organisirte Raubzüge gegen die Juden, woran sogar angesehenen Bürger theilnahmen. Das Bandvolk wurde von ihnen offen zur Plünderung angefordert. Bei Hausdurchsuchungen fand man die geraubten Gegenstände zum großen Theil wieder. Der Statthalter brückte in der Ansprache an die Gemeindevorsteher und die Bürgerschaft seine tiefste Entrüstung über die Vorgänge aus und erklärte, daß alle Theilnehmer des Raubzuges verhaftet werden sollten. Trotz der Verklündigung des Standrechtes ist in Afsandee die Befürzung noch groß.

Schweiz.
Bern, 29. Juni. Eine Eingabe der
schweizerischen sozialdemokratischen Partei an die
Bundesversammlung verlangt die
Schaffung der politischen Polizei.

Italien.
Rom, 29. Juni. Die Agenzia Stefani meldet, daß das Kabinet wie folgt konstituiert ist: Pelloux Präsidium und Inneres, Canevaro Auswärtiges, der Deputirte Finocchiaro-Aprile Justiz, der Deputirte Carcano Finanzen, der Senator Baccelli Krieg, der General bi San Marzano Krieg, der Deputirte Admiral Polumbo Marine, Baccelli Unterricht, der Deputirte Lacava öffentliche Arbeiten, der Deputirte Fortis Ackerbau und der Deputirte Nunzio Nasi Post und Telegraphen. Die Minister werden morgen Vormittag dem Könige den Eid leisten.

Rußland.

Der letzte Rest der ehemals so umfangreichen Besitzungen des Reichsfürsten Fürsten v. Hohenlohe-Schillingsfürst in Rußland soll nun doch verkauft werden. Es handelt sich um Gut und Schloß Werki im Gouvernement Wilna und das Gut Koitlobo im Gouvernement Winsk, den beiden Lieblingsgütern der verstorbenen Fürstin. Der Verkauf stößt indessen auf Schwierigkeiten, obwohl der Käufer der Repräsentant einer alt-russischen russischen Familie, nämlich Graf Kapnist, ist. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß hauptsächlich die genannten Güter wiederum in den Besitz eines Ausländers übergehen würden, was doch im Zarenreiche unstatthaft ist. Die russische Regierung war ja eben dadurch veranlaßt, den Fürsten von Hohenlohe aufzufordern, diese Güter zu verkaufen, damit sie von ausländischen in russische Hände übergehen. Mit dieser Angelegenheit hat es nämlich folgende Veranlassung: Der Graf Kapnist ist Schwiegersohn des bekannten Dessauer Bankiers Trabotti, welcher ihm auch ein umfangreiches Kapital zum Ankauf der Güter vorlieht und somit faktisch Besitzer derselben wird. Das ist aber nicht statthaft, da Trabotti ein geborener Italiener ist. Da aber Kaiser Nikolai II. sich in Sachen des Hohenlohe'schen Güterverkaufs bisher sehr liberal gezeigt hat, so ist anzunehmen, daß die Angelegenheit leicht geregelt werden und der Kauf zu Stande kommen wird.

Die Mogamedanerrevolte in Khokand ist seitens der Russen streng geahndet worden. Wie sie in Petersburg veröffentlichte amtliche Depesche mittheilt, verurtheilte das Kriegsgericht zu Andjan am 23. d. M. Mohamed Ali Khan und fünf andere Häupter der Bande von Eingeborenen, welche den Angriff auf das russische Militärlager unternahmen, zum Tode durch den Strang. Das Urtheil wurde von Eingeborenen vollstreckt; die umgeborene Bevölkerung mußte der Urtheilsvollstreckung beistehen. Darauf wurden vor der Augen die grünen und rothen Fahnen, welche bei dem Angriff Mohamed Ali Khan's in Züge getragen wurden, verbrannt. Das Telegramm fügt hinzu, in Fergana herrsche völlige Ruhe.

Türkei.
Konstantinopel, 29. Juni. Die französische Regierung richtete an die Pforte eine Note des Inhalts, daß die französische Regierung auf die letzte Note der an die Türkei zugelandenen griechischen Kriegsentführung Vorschlag legen werde, um die Regelung der Deklamation in Betreff der Schadloshaltung der französischen Staatsangehörigen für ihre Verluste während der armenischen Verfolgungen in Konstantinopel und in einmüßigen nicht bis zum 10. Juli, dem Tage der Bezahlung der letzten Kriegsentführungsgelder erfolgt sein werde. Die italienische Botschaft überreichte der Pforte ebenfalls eine verbale Erklärung, in welcher sie die Regelung ihrer Deklamation verlangt. Frankreich erhebt Ansprüche der Höhe von 1 500 000 Franks, Italien solche der Höhe von 400 000 Franks.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmart 10 und Kirch-
Verbreitung in Deutschland: In allen größeren
Deutschlands: H. Hoffe, Hagenstein & Bogler, G. S.
Invalidentant. Berlin: Bernh. Kndt, Mar. G.
Eberfeld: W. Gieseler, Greifswald: G. Jülich, H.
J. Vard & Co. Hamburg: Joh. Nothmann, H.
William Willems. In Berlin, Hamburg und Frankfurt
Heim. Eisler. Kopenhagen: Aug. F. Wolff &

E. L. Berlin, 16. Mai.

Preussischer Landtag.

16. Plenarsitzung vom 16. Mai,
11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. v. Bosse.
Auf der Tagesordnung steht der mündliche
Bericht der 12. Kommission über die Pfarrere-
besoldungs-Vorlage.

Graf v. Zieten-Schwerin empfiehlt als
Berichterstatter der Kommission die unveränderte
Annahme der Vorlage nach den Beschlüssen des
Abgeordnetenhauses.

Von dem Grafen Kindowström und dem
Herrn v. Schöning ist ein Antrag eingegangen,
welcher die Ablehnung der evangelischen Vorlage
und den Erlass eines Nothgesetzes verlangt, des
Inhalts, daß der volle Betrag, den die Vorlage
in Aussicht nimmt, alljährlich in den Etat ein-
gestellt wird, bis zum Erlass eines allgemeinen
Kirchengesetzes.

Es wird zunächst der Artikel 1 der Vorlage
betreffend die Genehmigung der Kirchengesetze, welche
die Mitglieder der evangelischen Geistlichen fest-
setzen, gemeinsam mit dem entsprechenden Theile
des Antrages Kindowström's, Schöning und mit
dem Absatz a, der von der Kommission beschlos-
sen ist, Resolution diskutiert. Nach diesem Absatz
spricht das Herrenhaus die Erwartung aus, daß
die Regierung denjenigen evangelischen Kirchen-
gemeinden, welche außer Stande sind, aus den
Erträgen der Stollen-Einkommen oder aus lausen-
den Mitteln der Kirchenrenten die mit Uebernahme
der Pfründe verbundenen Ausgaben, insbesondere
auch die Grundbesitzer und Altersrenten Beiträge
sowie die Kosten der Pfründe zu bestreiten, die
sich aus der Vorlage ergeben, zu bewilligen, und
diesem Zweck die Mittel zu beschaffen, welche
Graf Kindowström in dem Antrag bekämpft die
Vorlage, die mit ihrem Eingriff in das Pfründe-
wesen unzulässig das bestehende Recht verletze.
Die Liebe zu seiner Kirche und sein Gewissen als
evangelischer Christ verbieten ihm, für die Vor-
lage zu stimmen. Die Noth der Geistlichen an-
erkenne er; Abhilfe könne durch seinen Antrag
geschaffen werden, der die Regierung zugleich
zwingt, ein Kirchengesetz einzubringen. Daß das
Haus es für möglich, so möge die Vorlage mit
dem Antrage Kindowström-Schöning noch einmal
an die Kommission zurückgehen.

Der inzwischen erschienene Ministerpräsident
Fürst Hohenlohe verliest die Allerhöchste
Befehl, welche die Mitglieder des Landtages
zur gemeinsamen Schlußfassung nach dem Weißen
Saale zum 18. Mai, 11 Uhr, beruft.

Ministerpräsident Dr. Bosse hält die Aus-
führungen Kindowström's über die Pfründen
unzutreffend. In dem Verhältnisse des Patronats-
herrs zur Pfründe wird durch die Vorlage nichts
geändert. Von sozialistischen Neigungen wisse
sich die Regierung frei und auch die Vorlage
enthalte nichts Derartiges. Die legitime Ver-
tretung der evangelischen Kirche, die Synoden, haben
die Vorlage gebilligt und es wäre ein bedeu-
tendes Vorgehen, etwa von hier aus eine Be-
einträchtigung der kirchlichen Behörden zu versuchen.
Die Ablehnung der Vorlage durch das Herren-
haus würde die Regelung dieser Angelegenheit
völlig ins Ungeheuerliche verschieben. Die Regelung
im Wege des Antrages Kindowström scheint un-
durchführbar; der Antrag kann, so kurz vor dem
Schlusse des Landtages eingebracht, nicht mehr
mit der nötigen Gründlichkeit erörtert werden.
(Sehr richtig!) Für die Regierung ist der An-
trag unannehmbar, es ist unmöglich, ihn in kurzer
Zeit zu prüfen. Schon bei oberflächlicher
Beurtheilung zeigt sich, daß die veranschlagten 6
Millionen für den angestrebten Zweck nicht aus-
reichen und mehr als 6 Millionen erreichen wir
von der Finanzverwaltung nicht. Auch sollte
man nicht ohne Noth nochmals die Synoden
zwingen, sich über ein solches Gesetz zu ver-
ständigen. Es war schon ein Wunder vor unseren
Augen, daß eine Verständigung über die Vorlage
erfolgte. Auch in den Synoden giebt es centri-
fugale Elemente.

Zur Geschäftsordnung befragt der Graf
v. d. Schulenburg-Beckendorf, den Antrag
Kindowström zur Kommissionsberatung zu ver-
weilen. — Prof. Dr. Reineke-Kiel kann sich
von einer solchen Beratung keinen Nutzen ver-
sprechen und ist daher gegen dieselbe. — Herr
v. Durand wünscht die Abstimmung hierüber
bis nach Beendigung der Generaldebatte aus-
zusetzen.

Prof. Dr. Beyhlag-Galle tritt auf
Grund seiner Erfahrungen als Mitglied der
Synode für die Vorlage ein. Ungeduldige
Bestimmungen enthalte die Vorlage nicht. Ein
Satz würde durch unsere Kirche gehen, wenn
dieses Gesetz nicht angenommen würde.

Graf v. d. Schulenburg-Beckendorf
schließt sich im Wesentlichen den Bedenken des
Grafen Kindowström an. Die Verwaltung des
Pfründen-Vermögens werde durch die Vorlage
beweglicher, was nach seiner Auffassung kein Vor-
theil sei. Die Lösung der Frage scheint ihm
wohl auf dem Wege möglich, den der An-
trag des Grafen Kindowström anzeigt.

Professor Dr. Reineke-Kiel: Es handelt
sich um eine politische bedeutsame Angelegenheit.
Der Staat bietet 6 Millionen für die evangelische
Kirche; die Synoden einigen sich über ein Gesetz
und auch im Abgeordnetenhaus findet es An-
nahme und wie im Herrenhaus könnten es
weigern oder auch nur zögern, diese uns darge-
botene Gabe schenken annehmen? Was
würden die Konsequenzen einer Ablehnung
oder der Annahme des Antrages Kindowström sein?
Im günstigsten Falle würde es sich um ein
„versucht gefährliches“ Experiment handeln. Im
Interesse der evangelischen Kirche sollte man
zugreifen. Die Kirche würde eine Ablehnung
nicht verhehlen.

Regierungskommissar Geh. Rath Schöner-
kopf schildert die Unzulänglichkeit des henti-
gen Pfründen-Systems, das nicht geeignet ist,
dem Nothstande unter den Geistlichen abzuheben.
Unannehmbar würde für die Regierung der An-
trag Kindowström sein; er stellt die Gemeinden
sehr ungünstig, belastet sie sehr und macht sie in
einem Maße abhängig von der Regierung, daß
im Interesse des Aufstiegs und der Selbststän-
digkeit der Kirche die Annahme dieses Antrages
nicht zu wünschen ist.

Kardinal Fürstbischof Dr. Kopp anerkennt
das Wohlwollen gegen die Kirche, das den Vor-
sätzen zu Grunde liegt. Die anfängliche Abstinenz

der Regierung, beide Gesetze auf gleicher Grund-
lage aufzubauen, mußten bei der Verschiedenheit
dieser Grundlagen aufgegeben werden, da man
einmal, daß die Grundlinien, auf denen die
Gesetze aufzubauen werden sollten, sich nicht
parallel bewegen und die Gesetze unausführbar
gemacht haben würden. Die Regierung hat sich
mit anerkennenswerthem Eifer der Mühe unter-
zogen, die Vorlage annehmbar herzustellen und
wenn auch für die katholischen Geistlichen noch
Wünsche bleiben, so ist die Vorlage doch ein
bedeutender Fortschritt. Die Bedenken, welche
gegen die evangelische Vorlage hier vorgebracht
sind, mögen aus bestem Gewissen erhoben sein,
aber ihnen fehlt die kirchliche Autorität. Redner
empfiehlt, den Schlußstein nach langer Arbeit
zu setzen und die Vorlage anzunehmen. (Beifall.)

Herr v. Ledebow glaubt, daß der
schlimmste Gegner der Vorlage in dem Miströuen
zu suchen ist, das die Ausführung des Behren-
besoldungsgesetzes in den Gemeinden hervor-
gerufen hat. Redner hat eine große Anzahl
erheblicher Gründe gegen die Vorlage; besonders
bedenklich ist ihm die Verstaatlichung des
Pfarrers, denn so wird es den Gemeinden-Mit-
gliedern erscheinen, wenn er vom Staate sein
Gehalt in Empfang nimmt. Er hält damit in
den Augen der Leute seine Selbstständigkeit ein.
Der Antrag Kindowström würde nicht zu Stande
kommen und das Zustandekommen der Vor-
lage verhindern. Unter diesen Umständen werde
er für die Vorlage stimmen.

Minister v. Miquel: Der Antrag
Kindowström bezweckt einen direkten staatlichen
Eingriff in die kirchliche Verwaltung und vor
einer solchen Anreue sollte sich doch gerade das
Herrenhaus unwillig haben werden.

Dr. v. Bosse: Der Antrag
Kindowström ist ein Eingriff in das Pfründe-
wesen, welches die Mitglieder des Landtages
zur gemeinsamen Schlußfassung nach dem Weißen
Saale zum 18. Mai, 11 Uhr, beruft.

Ministerpräsident Dr. Bosse hält die Aus-
führungen Kindowström's über die Pfründen
unzutreffend. In dem Verhältnisse des Patronats-
herrs zur Pfründe wird durch die Vorlage nichts
geändert. Von sozialistischen Neigungen wisse
sich die Regierung frei und auch die Vorlage
enthalte nichts Derartiges. Die legitime Ver-
tretung der evangelischen Kirche, die Synoden, haben
die Vorlage gebilligt und es wäre ein bedeu-
tendes Vorgehen, etwa von hier aus eine Be-
einträchtigung der kirchlichen Behörden zu versuchen.
Die Ablehnung der Vorlage durch das Herren-
haus würde die Regelung dieser Angelegenheit
völlig ins Ungeheuerliche verschieben. Die Regelung
im Wege des Antrages Kindowström scheint un-
durchführbar; der Antrag kann, so kurz vor dem
Schlusse des Landtages eingebracht, nicht mehr
mit der nötigen Gründlichkeit erörtert werden.
(Sehr richtig!) Für die Regierung ist der An-
trag unannehmbar, es ist unmöglich, ihn in kurzer
Zeit zu prüfen. Schon bei oberflächlicher
Beurtheilung zeigt sich, daß die veranschlagten 6
Millionen für den angestrebten Zweck nicht aus-
reichen und mehr als 6 Millionen erreichen wir
von der Finanzverwaltung nicht. Auch sollte
man nicht ohne Noth nochmals die Synoden
zwingen, sich über ein solches Gesetz zu ver-
ständigen. Es war schon ein Wunder vor unseren
Augen, daß eine Verständigung über die Vorlage
erfolgte. Auch in den Synoden giebt es centri-
fugale Elemente.

Zur Geschäftsordnung befragt der Graf
v. d. Schulenburg-Beckendorf, den Antrag
Kindowström zur Kommissionsberatung zu ver-
weilen. — Prof. Dr. Reineke-Kiel kann sich
von einer solchen Beratung keinen Nutzen ver-
sprechen und ist daher gegen dieselbe. — Herr
v. Durand wünscht die Abstimmung hierüber
bis nach Beendigung der Generaldebatte aus-
zusetzen.

Prof. Dr. Beyhlag-Galle tritt auf
Grund seiner Erfahrungen als Mitglied der
Synode für die Vorlage ein. Ungeduldige
Bestimmungen enthalte die Vorlage nicht. Ein
Satz würde durch unsere Kirche gehen, wenn
dieses Gesetz nicht angenommen würde.

Graf v. d. Schulenburg-Beckendorf
schließt sich im Wesentlichen den Bedenken des
Grafen Kindowström an. Die Verwaltung des
Pfründen-Vermögens werde durch die Vorlage
beweglicher, was nach seiner Auffassung kein Vor-
theil sei. Die Lösung der Frage scheint ihm
wohl auf dem Wege möglich, den der An-
trag des Grafen Kindowström anzeigt.

Professor Dr. Reineke-Kiel: Es handelt
sich um eine politische bedeutsame Angelegenheit.
Der Staat bietet 6 Millionen für die evangelische
Kirche; die Synoden einigen sich über ein Gesetz
und auch im Abgeordnetenhaus findet es An-
nahme und wie im Herrenhaus könnten es
weigern oder auch nur zögern, diese uns darge-
botene Gabe schenken annehmen? Was
würden die Konsequenzen einer Ablehnung
oder der Annahme des Antrages Kindowström sein?
Im günstigsten Falle würde es sich um ein
„versucht gefährliches“ Experiment handeln. Im
Interesse der evangelischen Kirche sollte man
zugreifen. Die Kirche würde eine Ablehnung
nicht verhehlen.

Regierungskommissar Geh. Rath Schöner-
kopf schildert die Unzulänglichkeit des henti-
gen Pfründen-Systems, das nicht geeignet ist,
dem Nothstande unter den Geistlichen abzuheben.
Unannehmbar würde für die Regierung der An-
trag Kindowström sein; er stellt die Gemeinden
sehr ungünstig, belastet sie sehr und macht sie in
einem Maße abhängig von der Regierung, daß
im Interesse des Aufstiegs und der Selbststän-
digkeit der Kirche die Annahme dieses Antrages
nicht zu wünschen ist.

Kardinal Fürstbischof Dr. Kopp anerkennt
das Wohlwollen gegen die Kirche, das den Vor-
sätzen zu Grunde liegt. Die anfängliche Abstinenz

der Regierung, beide Gesetze auf gleicher Grund-
lage aufzubauen, mußten bei der Verschiedenheit
dieser Grundlagen aufgegeben werden, da man
einmal, daß die Grundlinien, auf denen die
Gesetze aufzubauen werden sollten, sich nicht
parallel bewegen und die Gesetze unausführbar
gemacht haben würden. Die Regierung hat sich
mit anerkennenswerthem Eifer der Mühe unter-
zogen, die Vorlage annehmbar herzustellen und
wenn auch für die katholischen Geistlichen noch
Wünsche bleiben, so ist die Vorlage doch ein
bedeutender Fortschritt. Die Bedenken, welche
gegen die evangelische Vorlage hier vorgebracht
sind, mögen aus bestem Gewissen erhoben sein,
aber ihnen fehlt die kirchliche Autorität. Redner
empfiehlt, den Schlußstein nach langer Arbeit
zu setzen und die Vorlage anzunehmen. (Beifall.)

Herr v. Ledebow glaubt, daß der
schlimmste Gegner der Vorlage in dem Miströuen
zu suchen ist, das die Ausführung des Behren-
besoldungsgesetzes in den Gemeinden hervor-
gerufen hat. Redner hat eine große Anzahl
erheblicher Gründe gegen die Vorlage; besonders
bedenklich ist ihm die Verstaatlichung des
Pfarrers, denn so wird es den Gemeinden-Mit-
gliedern erscheinen, wenn er vom Staate sein
Gehalt in Empfang nimmt. Er hält damit in
den Augen der Leute seine Selbstständigkeit ein.
Der Antrag Kindowström würde nicht zu Stande
kommen und das Zustandekommen der Vor-
lage verhindern. Unter diesen Umständen werde
er für die Vorlage stimmen.

Minister v. Miquel: Der Antrag
Kindowström bezweckt einen direkten staatlichen
Eingriff in die kirchliche Verwaltung und vor
einer solchen Anreue sollte sich doch gerade das
Herrenhaus unwillig haben werden.

wesen beim Großgrundbesitz sei viel wichtiger, als
dieses Anerkennt für den bürgerlichen Besitz.
(Auf: sehr richtig!) Deshalb solche Zwangs-
bestimmungen? Schleswig-Holstein beispielsweise
hat ein viel besseres Gesetz von 1777 und die
ganze dortige Bevölkerung ist damit zufrieden.
Ich wiederhole schließlich, meine Herren, meine
ganze Fraktion steht hinter meinen Anträgen.

Zusatzminister v. Schönerkopf: Der Vor-
rechner hat u. a. gesagt, dies Gesetz widerspreche
in einzelnen Bestimmungen dem Bürgerlichen
Gesetzbuch. Dafür müßte er doch erst den Be-
weis erbringen!

Abg. K. L. (Laf.) tritt, sich haupt-
sächlich gegen die Vorlage, für die Vorlage ein.
Das Anerkennt anderer Provinzen zu oetropfen,
für die es nicht paßt, seien auch seine Freunde
nicht bereit.

Abg. C. H. (Laf.) tritt, sich haupt-
sächlich gegen die Vorlage, für die Vorlage ein.
Das Anerkennt anderer Provinzen zu oetropfen,
für die es nicht paßt, seien auch seine Freunde
nicht bereit.

Abg. C. H. (Laf.) tritt, sich haupt-
sächlich gegen die Vorlage, für die Vorlage ein.
Das Anerkennt anderer Provinzen zu oetropfen,
für die es nicht paßt, seien auch seine Freunde
nicht bereit.

Abg. C. H. (Laf.) tritt, sich haupt-
sächlich gegen die Vorlage, für die Vorlage ein.
Das Anerkennt anderer Provinzen zu oetropfen,
für die es nicht paßt, seien auch seine Freunde
nicht bereit.

Abg. C. H. (Laf.) tritt, sich haupt-
sächlich gegen die Vorlage, für die Vorlage ein.
Das Anerkennt anderer Provinzen zu oetropfen,
für die es nicht paßt, seien auch seine Freunde
nicht bereit.

Abg. C. H. (Laf.) tritt, sich haupt-
sächlich gegen die Vorlage, für die Vorlage ein.
Das Anerkennt anderer Provinzen zu oetropfen,
für die es nicht paßt, seien auch seine Freunde
nicht bereit.

Abg. C. H. (Laf.) tritt, sich haupt-
sächlich gegen die Vorlage, für die Vorlage ein.
Das Anerkennt anderer Provinzen zu oetropfen,
für die es nicht paßt, seien auch seine Freunde
nicht bereit.

Abg. C. H. (Laf.) tritt, sich haupt-
sächlich gegen die Vorlage, für die Vorlage ein.
Das Anerkennt anderer Provinzen zu oetropfen,
für die es nicht paßt, seien auch seine Freunde
nicht bereit.

Abg. C. H. (Laf.) tritt, sich haupt-
sächlich gegen die Vorlage, für die Vorlage ein.
Das Anerkennt anderer Provinzen zu oetropfen,
für die es nicht paßt, seien auch seine Freunde
nicht bereit.

Abg. C. H. (Laf.) tritt, sich haupt-
sächlich gegen die Vorlage, für die Vorlage ein.
Das Anerkennt anderer Provinzen zu oetropfen,
für die es nicht paßt, seien auch seine Freunde
nicht bereit.

Abg. C. H. (Laf.) tritt, sich haupt-
sächlich gegen die Vorlage, für die Vorlage ein.
Das Anerkennt anderer Provinzen zu oetropfen,
für die es nicht paßt, seien auch seine Freunde
nicht bereit.

Abg. C. H. (Laf.) tritt, sich haupt-
sächlich gegen die Vorlage, für die Vorlage ein.
Das Anerkennt anderer Provinzen zu oetropfen,
für die es nicht paßt, seien auch seine Freunde
nicht bereit.

Abg. C. H. (Laf.) tritt, sich haupt-
sächlich gegen die Vorlage, für die Vorlage ein.
Das Anerkennt anderer Provinzen zu oetropfen,
für die es nicht paßt, seien auch seine Freunde
nicht bereit.

Abg. C. H. (Laf.) tritt, sich haupt-
sächlich gegen die Vorlage, für die Vorlage ein.
Das Anerkennt anderer Provinzen zu oetropfen,
für die es nicht paßt, seien auch seine Freunde
nicht bereit.

Abg. C. H. (Laf.) tritt, sich haupt-
sächlich gegen die Vorlage, für die Vorlage ein.
Das Anerkennt anderer Provinzen zu oetropfen,
für die es nicht paßt, seien auch seine Freunde
nicht bereit.

Abg. C. H. (Laf.) tritt, sich haupt-
sächlich gegen die Vorlage, für die Vorlage ein.
Das Anerkennt anderer Provinzen zu oetropfen,
für die es nicht paßt, seien auch seine Freunde
nicht bereit.

liege, gehe ja auch schon aus der Art
hervor, wie der Präsident das Ge-
setzgebungsrecht der ersten Abstimmung verleiht
habe, indem er nicht gesagt, wie viel
Stimmen für und gegen den § 14 abgegeben
seien, sondern nur erklärt habe: es seien nur
211 Stimmen abgegeben, das Haus sei also
beschlußfähig. Gegen die Auffassung des
Präsidenten spreche im Uebrigen die konstante Ge-
setzgebungspraxis des Reichstages.

Präsident von Kröner entschließt sich
endlich dazu, „falls kein Widerspruch erfolge“,
die Abstimmung namentlich zu wiederholen.
Dies geschieht, die Abstimmung ergibt Annahme
des Paragraphen mit 159 gegen 59 Stimmen bei
5 Enthaltungen.

Eine Debatte erfolgt erst wieder beim
§ 25. Hier liegt ein Antrag Jürgensen-Groth
vor, den Absatz 4 kurz dahin zu fassen, daß ohne
jeden Vorbehalt auf Antrag des Beisitzenden
ein Anerkennt nach dem Verlaufsverthe abzu-
geben sei. Nachdem Abg. Jürgensen ihn
empfohlen, wird der Antrag ohne jede weitere
Debatte abgelehnt.

Auch der Rest des Gesetzes wird unter Ab-
stimmung der national-liberalen Anträge an-
genommen.

Die Gesamtstimmung über das Gesetz ist
eine namentliche. Sie ergibt, daß nur 214 Mit-
glieder anwesend sind. Das Haus ist also
wiederum beschlußfähig.

Sodann verläßt sich das Haus.
Nächste Sitzung morgen 10 Uhr.
Tagesordnung: Wiederholung dieser Ab-
stimmung, dann die Interpellationen Kuebel
betr. Bernreutherung der
sowie betr. den Piesberger

Deutschland.
Nai. Das Staatsministerium
habe die Angelegenheiten der Regierung
an, betreffend die Getreide-
preise.

und Portugal.
Nai. Trotz offiziieller Ab-
stimmung der Regierung
kriegsminister Coria soll kein
im Amt verbleiben.

erhebung.
Nai. In der Wiener Neu-
demie stellten die Mitglie-
der ein und fordern die Ent-
gen Aufhebung.

er Nachrichten.
Nai. Im Oberpostdirektions-
rathe die Einnahme an We-
er im Monat April 8877,80
Mark weniger als in dem-
selben Jahre.

er Nachrichten.
Nai. Im Oberpostdirektions-
rathe die Einnahme an We-
er im Monat April 8877,80
Mark weniger als in dem-
selben Jahre.

er Nachrichten.
Nai. Im Oberpostdirektions-
rathe die Einnahme an We-
er im Monat April 8877,80
Mark weniger als in dem-
selben Jahre.

er Nachrichten.
Nai. Im Oberpostdirektions-
rathe die Einnahme an We-
er im Monat April 8877,80
Mark weniger als in dem-
selben Jahre.

er Nachrichten.
Nai. Im Oberpostdirektions-
rathe die Einnahme an We-
er im Monat April 8877,80
Mark weniger als in dem-
selben Jahre.

er Nachrichten.
Nai. Im Oberpostdirektions-
rathe die Einnahme an We-
er im Monat April 8877,80
Mark weniger als in dem-
selben Jahre.

er Nachrichten.
Nai. Im Oberpostdirektions-
rathe die Einnahme an We-
er im Monat April 8877,80
Mark weniger als in dem-
selben Jahre.

er Nachrichten.
Nai. Im Oberpostdirektions-
rathe die Einnahme an We-
er im Monat April 8877,80
Mark weniger als in dem-
selben Jahre.

Literatur.

Felix Dahn, sämtliche Werke
Inhalts. Leipzig bei Breitkopf u. S.
Bände. Von dieser trefflich ausgestat-
tete liegen uns bereits drei Bände vor.

Band 1 führt uns in die erste
Völkerwanderung 69 n. Chr. und zu-
gegend der Rheinmündungen und zeigt
Sitten der alten Völker und Frei-
zeit uns den Kampf der Deutschen
römischen Kaiser und die römische Un-
sicherheit in Italien und hier in das
Mittelalter unter Theodorich dem Gro-
ßen nachfolgend in Italien. Wir
wie die Kultur der byzantinischen
Deutsch verführte und die deutsch-
verdrängt.

Band 15. Dieser Band führt in
Zeit der Wikinger Züge nach Norweg
lernen hier den Geist der Normanne
wie er in den Edda-Liedern erhalten
ihre Götter, Heiden- und Heiden-Liebe
gleiten die Normannen auf ihren De-
Biebesfahrten.

Und in allen diesen Schilderungen
uns bewußt, daß der Verfasser tief ein-
st in das Leben der Völker, in
schonungen und Sitten der Deutschen
in die Wälder und Schluchten des
Baterlandes. Wir können die We-
empfehlen.

Das Sommerhochwasser vom
August 1897 im Oberstromgebiet
Bureau des Wasserbausinspektors
Dr. Karl Fischer. Berlin, Wilhelm
Sohn, 1898. 62 S. in 8° und 2 star-
ke Beilagen des Oberstromgebietes
wichtige Arbeit. In der ersten Beilage
besteht, welche die Ueberfluthungen
gleitet. Unter Beilage zweier Be-
richte für die Provinz Schlesien von
der z. Th. wolkenbruchartige Regen-
fall der letzten Julitage besprochen. D
folgende Haupttheil der Arbeit giebt
sich über die Wasserveränderung in der
Flußläufe, sowie über die dadurch be-
henden Fluthwellen im Hauptstrom und
lauf. Hierbei ist besonderes Gewicht
gelegt, die Art und Weise erkennen zu
das ganze Gewässer des Oberstrom-
gebietes der Abführung des Hochwassers
wirkte. Mit Genauigkeit liegt man
daß in dem großen Oberstromgebiet
wollen richtig vorhergesehen werden
Hochfluth, obwohl sie beim Hohen
Dauinger Reife für mindestens sechs
beispiellos besteht, doch sowohl in den
Gewässern, wie in dem ganzen Gewäs-
Oberstromgebietes denjenigen Verlauf
das vom Bureau des Wasserbausinspek-
gegebene Oberstromverlauf als typisch

Für den amerikanischen-spanischen
zahlreiche Karten erschienen. Die
Gebenicht Karte des genannten
schonmalen mit 7 Einbänden.
Jahres 1898. Preis 1 Mark. Diese
selbst giebt über die Lage des Kriegs-
gebietes die besten Aufschlüsse und können wir
weise empfehlen.

Carte des Staaten von Nord-
Amerika. Preis 1 Mark. Verlag
Flemming-Glogau, bietet die größte
Nordamerika, wogegen die von Ruba
50 Pf., bietet Ruba, die westlichste
und die Philippinen. [18]

Wie soll ich mich kleiden? 2
ich anziehen? — Wenn machen
wichtigen Fragen nicht öfter Kopf-
Die jüngste Toga-Mode wie die
Matrone, das bescheidene Haus-
die elegante Frau, der tausend An-
bernd zu bilden — alle fesselt der
geschaffen, geschmackvoll und modern
erscheinen. Was soll ich anziehen?
Frage beantwortet das wohlbekannte
Modell, illustrierte Zeitung für
Gardarbeiten, aufschreibe und be-
eingezeichnete Sorgfalt wird bei der
von Modellen. Nächst auf die be-
lebend und Vermögens-Verhältnisse
genommen; wiederum aber folgt
— bei Vermählung jedes Ueberfluth-
zug auf Stoff, Auszug und Farbe,
vollendet geschmackvoller Weise der